



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 53

P/V/222

23. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Kriegsgefangene vor der UNO	S.1
Skandalöser Start der Bereitschaftspolizei	S.3
Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen	S.5

Kriegsgefangene vor der UNO

J.S. Am 25. April traf der letzte Heimkehrer-Transport aus Russland im Durchgangslager Friedland ein. Seither ist es still geworden um die deutschen Kriegsgefangenen. In der Ostzone wurden alle Durchgangslager abgebaut, getreu der Losung Moskaus, dass bis auf rund 9.000 "Kriegsverbrecher" alle deutschen Kriegsgefangenen entlassen seien und Friedland wartet seitdem vergeblich auf weitere Transporte.

Nun hat es Amerika übernommen, die deutsche Kriegsgefangenenfrage vor die Vollversammlung der UNO zu bringen. Das kann in der deutschen Öffentlichkeit nur mit dankbarer Genügnung vermerkt werden. Es hat bisher an deutschen Appellen und auch an alliierten Protesten in dieser Frage nicht gefehlt; man kann auch nicht ohne weiteres sagen, dass sie fruchtlos gewesen seien, denn es ist fraglich, ob die Russen 1,5 Mill. Kriegsgefangene heimgeschickt hätten, wie geschehen, wenn nicht unausgesetzt auf beschleunigte Rückführung der Gefangenen gedrängt worden wäre. Seit Mai aber, kurz nachdem der Bundestag sich mit diesem Komplex beschäftigt hatte, ist es auch auf deutscher Seite still geworden. Das hat seinen triftigsten Grund darin, dass die Nachrichtenquellen über die Kriegsgefangenen in Russland seit dem Frühjahr versiegt sind. Da es amtliche russische Verlautbarungen zur Kriegsgefangenenfrage nicht gab - wenn einmal dazu etwas gesagt wurde, waren es zweckbetonte Lügen - war die deutsche Öffentlichkeit allein auf die Aussagen der Heimkehrer angewiesen. Von diesen Aussagen, sorgfältig registriert und analysiert, nährten

sich die deutschen Publikationen in der Kriegsgefangenenfrage.

Seit dem 25. April ist ein Nachrichtenvakuum eingetreten. Das hat zur Folge gehabt, dass in der letzten Zeit Rundfunk, Presse und Politiker immer weniger von den deutschen Kriegsgefangenen in Russland sprachen. Das aber gerade ist es, was die Sowjets wollen; das tödliche Schweigen, das sie über die Gefangenenlager gesenkt haben, soll sich über die ganze Welt ausbreiten.

Die Amerikaner werden jetzt dieses Schweigen vor einem internationalen Forum brechen. Es ist nicht zu erwarten, dass Wischinsky zugeben, was ihm der amerikanische Delegierte vorhalten wird: mehr als 1,5 Mill. Kriegsgefangene in den Lagern gestorben und mehrere hunderttausend zurückgehalten. Diese amerikanischen Zahlen decken sich weitgehend mit dem von deutscher Seite zusammengetragenen und veröffentlichten Material. Die Bundesregierung spricht von etwa 400.000 deutschen Kriegsgefangenen, die noch in Russland sein sollen, die Kriegsgefangenenhilfe der SPD, die als erste Institution die Kriegsgefangenenfrage von allem Anfang an gründlich bearbeitete, hat eine Zahl von 500.000 dieser Unglücklichen errechnet, zu denen noch mehr als 200.000 zivilinternierte Männer und Frauen kommen.

Es gibt sehr viele Beweise dafür, dass noch deutsche Kriegsgefangene in Russland zurückgehalten werden. Die wichtigsten dieser Beweise sind die Aussagen von Heimkehrern, die von Moskau als die letzten Kriegsgefangenen bezeichnet wurden, während sie selbst noch von Tausenden zurückgehaltenen Kameraden unter genauer Angabe der Lager, Belegstärke usw. zu berichten wussten. Innerhalb kurzer Frist kam damals allein eine Zahl von 262.000 zurückgehaltenen Gefangenen zustande. Auch diese Zahl ist, wie alles Zahlenmaterial über die Kriegsgefangenenfrage, unvollständig, weil aus vielen Lagern keine Entlassungen erfolgt waren, also auch keine Angaben gemacht werden konnten und weil es nicht möglich war, die Heimkehrer in der Ostzone zu befragen.

Der amerikanische Vorstoß darf nicht nur aus einer Anklage bestehen, er müsste mit dem Vorschlag verbunden sein, dass eine UNO-Kommission, mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet, zur Untersuchung der Kriegsgefangenenfrage nach Russland entsendet wird. Zwar ist nicht anzunehmen, dass Moskau zustimmen wird, denn es weiß, was es zu verbergen hat, aber die Weigerung allein, eine objektive Prüfung zuzulassen, wäre ein Schuldbeweis, wie er vom Schuldigen bisher noch nicht gegeben worden ist.

Skandalöser Start der Bereitschaftspolizei

sp. Der Start der Bereitschaftspolizei ist, gelinde gesagt, mit einem Skandal erster Güte belastet, dessen Hintergründe sich zunächst nur abzeichnen, dessen Tragweite aber heute schon sichtbar wird. Soweit bisher ersichtlich, liegt hier der Versuch vor, über die Bereitschaftspolizei die dem Bundeskanzler zum Teil von der Opposition, zum Teil von der Aussenministerkonferenz in Washington verweigerte Remilitarisierung auf kaltem Wege zumindest vorzubereiten, wobei sich der Bundeskanzler anscheinend bereits seinen Blomberg gesichert hat. Weiter wird die Absicht sichtbar, aus der Bereitschaftspolizei ein Kader herauszuschälen, das zu einer Art Bonner Hausmacht ausgebildet werden soll. Diese Ziele wurden auf zwei Tagungen sichtbar, die zu gleicher Zeit in Traunstein und in Konstanz stattfanden. In Konstanz tagte der Arbeitskreis der stellvertretenden Länder-Innenminister, in der bayerischen Polizeischule Traunstein eine Sachverständigen-Konferenz (Polizeifachleute aus den Ländern und vom Bund), die einen Lehrgang für Abschnittsführer der Bereitschaftspolizei vorbereiten sollten.

Vom Vertreter des Bundesministers eingeführt, traten in Traunstein ohne vorherige Anmeldung zwei hohe Herren auf (sie waren als "einige weitere Herren" gemeldet), denen eine wichtige Rolle zugedacht war. Der eine dieser Herren war der ehemalige Generaloberst von Zangen, der als kaiserlicher Offizier in das Polizeikorps der Weimarer Republik übernommen worden war, in der Polizeischule Eiche bei Berlin einem "Elite" genannten Kreis von blaublütigen, hohen Polizeioffizieren angehörte und 1932 und 1933 maßgeblich die Überführung der preussischen Polizei in die Befehlsgewalt Papens beeinflusste. Nach der Machtergreifung leitete dieser Kreis den maßgebenden Stellen eine Liste von Polizeioffizieren zu, die angeblich die Absicht hatten, in die Partei einzutreten. Darunter befanden sich viele, die von dieser Absicht gar nichts wussten, sich aber nun nicht wehren konnten. Von Zangen trat dann in das Meer ein und avancierte rasch zum Generaloberst. Der zweite dieser Herren war der ehemalige General der Infanterie, Dr. Beyer, dessen Laufbahn analog der von Zangen verlaufen war. Zur Zeit ist Dr. Beyer Privatsekretär Pastor Niemöllers.

Zum Bundesgefolge gehörten ferner der ehemalige Münchener Polizeioffizier, Dr. Lossen, der 1923 Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle geduldet hatte. Lossens Sohn, Dr. Heinz Lossen, trat schliesslich als Psychologe auf, beauftragt, die Teilnehmer des vorgesehenen Lehrgangs

zusammen mit fünf weiteren Psychologen einer psychologischen Prüfung zu unterziehen.

Das alles erregte den Verdacht der Ländervertreter. Der von den Bundesvertretern entwickelte Lehrplan enthielt Lehrgegenstände, wie man sie für Neulinge im Polizeifach angebracht halten konnte; indessen war ursprünglich vorgesehen, dass in die Lehrgänge nur Fachleute entsendet werden, die sich in den Nachkriegsjahren bereits an führenden Stellen im Polizeidienst bewährt hatten und lediglich in die neuen Aufgaben der Bereitschaftspolizei eingewiesen werden sollten. Von Prüfungen war dabei keine Rede.

Der Sinn dieser Änderungen wurde den Ländervertretern klar, als auf der Tagung eine sogenannte Bundesliste bekannt wurde, eine Liste von Lehrgangsteilnehmern, die der Bund zu entsenden wünschte. Auch davon war vorher keine Rede gewesen. Die Liste umfasste 25 Namen, und zwar 11 ehemalige Polizeioffiziere, die zum Teil nach Kriegsende aus bekannten Gründen nicht zum Zug gekommen waren, und 14 Männer, die nie etwas mit der Polizei zu tun hatten, wohl aber mit der Wehrmacht (Offiziere im Rang vom Major bis zum Oberst).

Schliesslich kam bei den Besprechungen zutage, dass das Bundesinnenministerium sich eine Kadergruppe von rund 500 Mann zur Verfügung des Bundeskanzlers reservieren wollte. Das soll vermutlich eine Art Leibgarde des Bundeskanzlers werden; die Begleitumstände der Traunsteiner Tagung aber lassen die Vermutung offen, dass dieser Leibgarde höhere Funktionen zugedacht sind als nur die eines persönlichen Schutzes des Bundeskanzlers. Der Bundeskanzler hat jederzeit die Möglichkeit, von den Ländervertretern abgewiesene Männer (z.B. politisch Belastete oder ausgesprochene Truppenoffiziere) in dieses Kader aufzunehmen und sie hier solange in Ruhestellung zu belassen, bis sie bei Eintritt eines im Grundgesetz vorgesehenen "Notstandes", wenn der Bund die Befehlsgewalt über die gesamte Bereitschaftspolizei übernimmt, an entsprechenden Stellen mit entsprechenden Vollmachten eingesetzt werden können.

In diesem Stadium sagten die Ländervertreter Nein, die Beratungen wurden abgebrochen. Die Offiziere der Bereitschaftspolizei sollten in drei Schulen eingewiesen werden: in Traunstein die Abschnittsführer, die Unterführer in der Polizeischule von Hannoversch-Münden und Bad Ems. Der niedersächsische Vertreter zog auf der erwähnten Tagung in Konstanz die Zusage hinsichtlich der Polizeischule von Hannoversch-Münden zurück, der Vertreter von Rheinland-Pfalz tat das gleiche bezüglich der Polizeischule von Bad Ems. Bei Traunstein ist diese Frage noch offen, da entsprechende Bemühungen des Bundesministeriums noch im Gange sind.

Arnold im Zwiellicht

K.R.Düsseldorf, im September.

Ein scheinbarer Friede herrschte in der CDU-Fraktion von Nordrhein-Westfalen, als sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen den FDP-Antrag niederstimmte, der die Missbilligung der Regierungserklärung und der Kabinettsliste des Ministerpräsidenten Arnold verlangte.

Aber der Schein trügt. Nach dem monatelangen Tauziehen um die Regierungsbildung, dessen Verlauf die ganze Zerrissenheit der CDU-Fraktion offenbarte, wäre es eine Sensation, wenn jetzt plötzlich die ganze Fraktion hinter Arnold stünde, nachdem sich zeitweilig bereits eine gefährliche Kluft zwischen den von Bonn ferngesteuerten Verfechtern der Kleinen Koalition mit den Sozialdemokraten gezeigt hatte. In Wirklichkeit ist die Geschlossenheit der CDU-Fraktion bei der Landtagsabstimmung nichts anderes als ein Ausdruck der Erleichterung darüber, dass die Verlegenheitslösung der Liliputkoalition CDU-Zentrum, die über eine Mehrheit von drei Stimmen verfügt, dem Hader innerhalb der CDU-Fraktion vorerst ein Ende bereitet hat. Es hätte, so trösteten sich die Arnold-Gegner, noch schlimmer kommen können.

und den Anhängern der Grossen Koalition.

Das "Schlimmere" nämlich wäre gewesen, wenn Arnold das getan hätte, was man in Nordrhein-Westfalen und weit über dieses Land hinaus von ihm erwartet hatte: die Schaffung einer von der Grossen Koalition getragenen Regierung auf breiter parlamentarischer Basis. Arnold hat jedoch kaum einen nennenswerten Versuch unternommen, diese Regierung zu bilden, deren Verdienste in der abgelaufenen Legislaturperiode er trotzdem in seiner Regierungserklärung wortgewandt hervorhob. Arnold liess den Willen der Wähler unberücksichtigt, die den Parteien der Grossen Koalition bei den Landtagswahlen mit 177 von 215 Mandaten einen überzeugenden Vertrauensbeweis entgegengebracht hatten. Lediglich in der Grösstkoalition FDP-CDU-SPD-Zentrum wollte er mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten. Als die Freien Demokraten diese Grösstkoalition ablehnten, brach Arnold auch seine Besprechungen mit den Sozialdemokraten ab. Nach seinen Beweggründen hierzu gefragt, wusste der Ministerpräsident dem SPD-Abgeordneten Carl Severing keine andere Antwort zu geben als die unbegründete Feststellung, er habe sich von solchen Verhandlungen keinen Erfolg versprochen.

Verlegene Antworten auf zwingende Fragen und verlegene Entscheidungen in zwingender Lage haben Arnold in ein verhängnisvolles Zwiellicht gerückt. Bei den Sozialdemokraten verstärkt sich der Eindruck, dass sich Arnold - wie Fritz Henssler sagte - von jenen "Gesinnungsfreunden" in der CDU, die ihn lieber heute als morgen in der politischen Versenkung verwinden sähen, als Tarnungsobjekt mißbrauchen liess, um diejenigen Bevölkerungskreise zu täuschen, die sich dem sozialen Gedanken verpflichtet fühlen. - Es wird sich nun erweisen müssen, ob die geäusserten Zweifel an Arnold berechtigt sind. Durch seine Regierungsmaßnahmen muss Arnold beweisen, dass er sich einem Sozialprogramm verpflichtet fühlt, obwohl seine Regierung auch Männer von nicht ganz zweifelfreiem politischen Ansehen umfasst.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt